

Schulpolitik | 20.08.2018 | Lesezeit 3 Min.

G9: Wiederbelebung ist teuer

Nachdem fast alle Bundesländer mit neunjähriger Gymnasialzeit Anfang und Mitte der 2000er Jahre auf ein Abitur nach acht Jahren umgestiegen waren, kehren nun mehr und mehr zum alten Unterrichtsmodell zurück. Das Geld, das für die neuen Klassenzimmer und zusätzlichen Lehrer ausgegeben wird, fehlt allerdings an anderen Stellen.

Es ist nicht logisch: In Großbritannien, Frankreich und Österreich verlassen die meisten Schüler mit 18 Jahren die Schule. Und auch im Osten Deutschlands beenden Gymnasiasten ihre Schullaufbahn seit eh und je nach acht Jahren auf der weiterführenden Schule.

Als das Saarland im Jahr 2001 als erstes westdeutsches Bundesland das G8 – also das achtjährige Gymnasium – flächendeckend einführte, zogen fast alle anderen Bundesländer mit neunjähriger Gymnasialzeit sukzessive nach.

Doch seit einigen Jahren rollt die Rückkehrwelle. Gerade erst hat Nordrhein-Westfalen beschlossen, nach den Sommerferien 2019 für Gymnasialschüler der fünften und sechsten Klasse das G9 wieder einzuführen (Grafik):

Außer NRW haben bereits Niedersachsen, Hessen, Bayern und Schleswig-Holstein die Rückkehr zum G9 beschlossen.

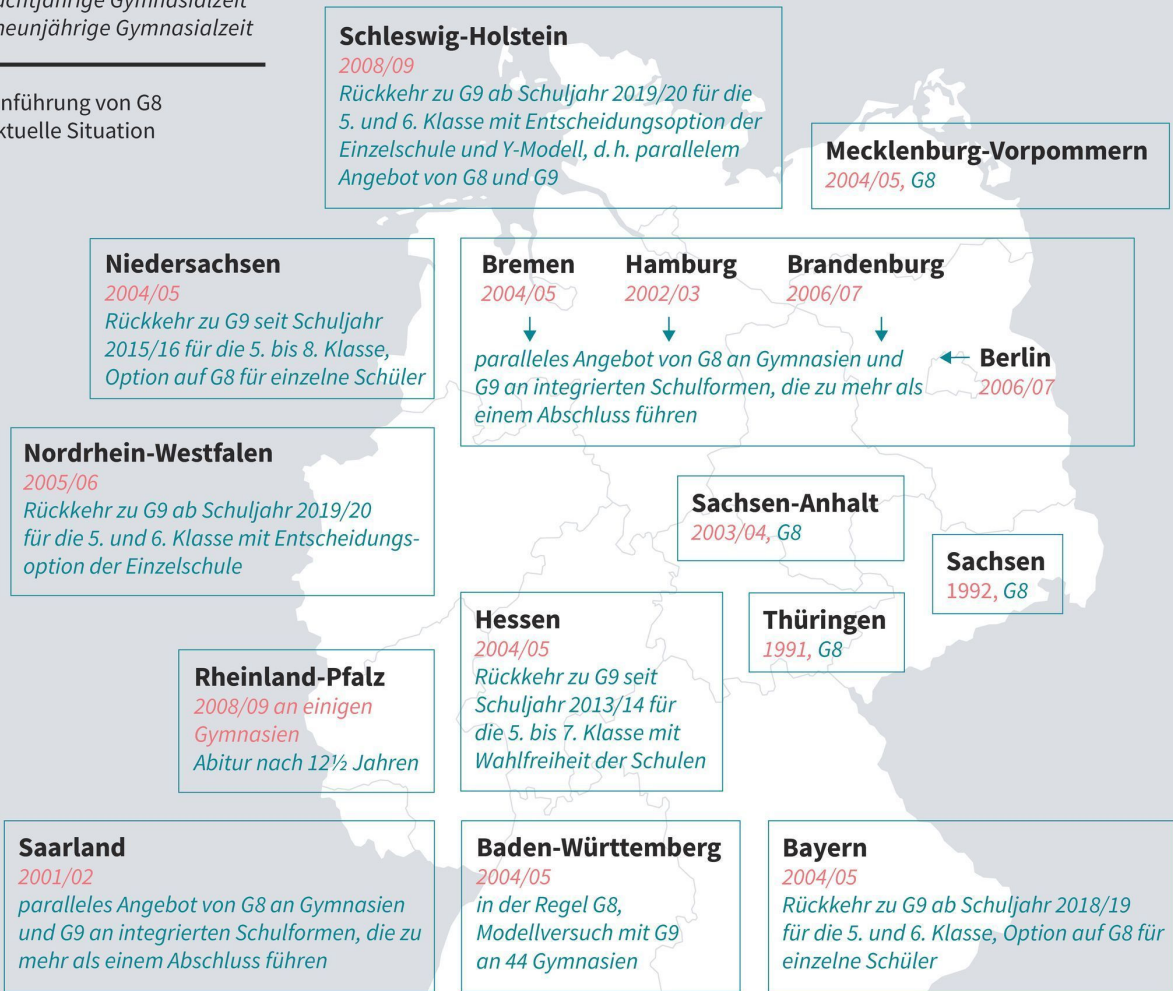
Gymnasien: G8, G9 und viele Mischformen

Organisationsformen der gymnasialen Schulzeit an allgemeinbildenden Schulen

G8: achtjährige Gymnasialzeit

G9: neunjährige Gymnasialzeit

- Einführung von G8
- Aktuelle Situation



Stand: Juli 2018; Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Ostberlin und Sachsen-Anhalt hatten schon vor den angegebenen Zeitpunkten einmal G8

Quelle: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung
© 2018 IW Medien / iwd

Allerdings präsentieren die einzelnen Bundesländer jeweils eigene Konzepte, was die konkrete Ausgestaltung des wiederbelebten G9 angeht – zum Beispiel im Hinblick auf die Ausweitung der Wochenstundenzahl oder die Entscheidungsmöglichkeiten einzelner Schulen und/oder Schüler zwischen G8 und G9.

Unterschiedliche Regelungen

Die Wochenstundenzahl wird beispielsweise in Niedersachsen in der Sekundarstufe I verringert, in NRW dagegen um insgesamt bis zu 25 Stunden ausgeweitet. Über die gesamte Gymnasialzeit beläuft sich die Ausweitung der Wochenstundenzahl in Niedersachsen auf bis zu neun Stunden. Bayern erhöht um bis zu 19,5 Stunden, hat aber angekündigt, im G9 deutlich weniger Nachmittagsunterricht anzubieten.

Die Wahlfreiheit, als Schule weiterhin das G8 anzubieten, gewähren Hessen, Schleswig-Holstein und NRW – allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. In Bayern und Niedersachsen dagegen ist dies nicht möglich, dafür können einzelne Schüler mithilfe gezielter Förderung weiterhin das Abitur nach zwölf Jahren – vier Grundschul- und acht Gymnasialjahren – erreichen.

Diese Rückkehrvarianten führen in den Ländern zu ganz unterschiedlichen Abschätzungen der Raum- und Personalkosten. Niedersachsen etwa geht davon aus, dass die Gymnasien aufgrund des allgemeinen Schülerrückgangs keinen Mehrbedarf an Räumen haben. Bayern dagegen rechnet mit Kosten von 500 Millionen Euro für Neu- und Erweiterungsbauten, Nordrhein-Westfalen sogar mit 518 Millionen Euro.

Durch die Umstellung auf das G9 entstehen bundesweit direkte Kosten von rund 1,2 Milliarden Euro.

Bundesländer, die die Wochenstundenzahl an den Gymnasien erhöhen, brauchen auch mehr Lehrkräfte. Nordrhein-Westfalen hat für den kompletten Umstellungsprozess, der im Schuljahr 2026/27 abgeschlossen sein soll, einen Mehrbedarf von 2.200 Lehrerstellen berechnet, die insgesamt 115 Millionen Euro pro Jahr kosten werden. Bayern plant 1.000 zusätzliche Vollzeitstellen und jährliche Mehrausgaben von 100 Millionen Euro ein, sobald der erste G9-Jahrgang 2025/26 in das 13. Schuljahr übertritt. Hessen rechnet ab 2021 mit einem kontinuierlichen Mehrbedarf von 450 bis 460 Gymnasiallehrern, was zu Mehrausgaben von 27 Millionen Euro führt, während Schleswig-Holstein 116 zusätzliche Stellen für die Umstellung veranschlagt. Rechnet

man all diese Posten zusammen, wird es teuer:

Durch die Umstellung auf das G9 ergeben sich bundesweit direkte Kosten von rund 1,2 Milliarden Euro.

Kosten höher als veranschlagt

Tatsächlich dürfte dieser Betrag aufgrund der fehlenden Kostenabschätzungen einiger Bundesländer noch deutlich höher liegen. Außerdem sind die zusätzlichen Lehrerkosten nur für die Zeiten der Umstellung auf das G9 in die Rechnung eingeflossen – in der Realität werden diese jedoch auch danach weiter anfallen.

Hinzu kommen weitere Einbußen, die jedem einzelnen Abiturienten sowie der Gesellschaft insgesamt dadurch entstehen, dass ganze Jahrgänge ein Jahr länger zur Schule gehen. Den Schulabsolventen selbst entgeht – sofern sie nach dem G8-Abitur kein Gap Year einlegen – Nettogehalt; und der Staat verliert die entsprechenden Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen.

Auch die Konsequenzen für die Hochschulen, die sich in mehreren Bundesländern zu unterschiedlichen Stichtagen einem Null-Jahrgang an Abiturienten gegenübersehen, wurden bislang ausgeblendet. Bereits bei der Umstellung auf das G8 kam es an den Unis und Fachhochschulen zu irreversiblen Kosten durch doppelte Abiturjahrgänge. Damals wurden dafür im Rahmen des Hochschulpakts 7 Milliarden Euro bereitgestellt.

Die Rückabwicklung des G8 führt aber auch zu neuen Unsicherheiten im Schulsystem. Statt die verfügbaren Mittel für ein Hin und Her innerhalb der Schulstruktur zu verschwenden, sollte das Geld vorrangig in die Unterrichtsqualität investiert werden. Denn dort sind die Herausforderungen angesichts der drei Megathemen Digitalisierung (siehe [„Analoge Klassenzimmer“](#)), Integration und Inklusion so groß wie lange nicht mehr.

Kernaussagen in Kürze:

- Viele westdeutsche Bundesländer vollziehen die Rolle rückwärts und kehren zum neunjährigen Gymnasium zurück. Gerade erst hat Nordrhein-Westfalen beschlossen, das G8 wieder abzuschaffen.
- Es gibt in Deutschland kein einheitliches Konzept. Die Bundesländer haben für Wochenstundenzahl und Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 unterschiedliche

Regelungen.

- Die Umstellung bringt einen Mehrbedarf an Lehrern mit sich. Insgesamt kostet das G9 viel Geld, das besser in die Unterrichtsqualität investiert werden sollte.